Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 30 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Redaktion oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Inseratenpreis Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Zeitraub und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Rabatt. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 30 bez. 50 Pfg. / Telefonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., in Postgebühr Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Große Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netzpreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit, sonstiger Ziel, gerichtliche Eintreibung, gemeinsame Konkurs verfällt. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28514.

Nr. 231. | Donnerstag den 3. Oktober 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Der fünfte Schlachttag um Cambrai ein Mißerfolg für den Feind.

Das Vertrauen des Volkes.

Mit schwerem Herzen hat der Kaiser das Abschiedsgesuch des Grafen Hertling genehmigt; mit schwerem Herzen sehen weite Kreise des deutschen Volkes die neue Zeit heraufziehen, die sein Erlaß an den Reichskanzler für das Deutschland Wilhelms I. und Bismarcks einleitet. Noch ist darin vom Wunsch und vom Willen des Kaisers die Rede, noch davon, daß der Kaiser „den Nachfolger für Sie“ zu finden und zu ernennen habe. Inwieweit indessen der wirkliche Stand der Dinge mit den in solchen Worten zum Ausdruck kommenden Rechts- und Verfassungszuständen noch verträglich ist, das ist eine Frage, deren Beantwortung kaum noch lange zweifelhaft sein kann.

Indessen, die Weltgeschichte legt jetzt so viele Schöpfungen der Vergangenheit in Trümmer, warum sollen wir uns nicht damit abfinden, daß auch bei uns etwas aufgeräumt wird unter den Überlieferungen einer besseren Zeit. Und ist auch der Druck, unter dem diese Entwicklung vor sich geht, der Druck auf die Krone und der Druck auf den Bundesrat und die nicht zur Mehrheit gehörenden Parteien, ganz unverkennbar, so ist er doch immer noch erträglicher, wenn er von eigenen Volksgenossen ausgeht, als wenn fremde Mächte und Gewalten uns die Bedingungen unseres Daseins, unserer inneren Staatsgestaltung vorschreiben wollten. Wir dürfen nicht vergessen, daß gerade um der Abwehr solcher unzulässigen Einmischungen von außen her willen dieser neue Kanzlerwechsel erzwungen wurde; ein gewagtes, auch in diesem nächsten, unmittelbaren Erfolge nichts weniger als zuverlässiges Mittel, allerdings. Aber wie das Zentrum, die eigentliche Schutztruppe des Grafen Hertling, sich schließlich hat mitreißen lassen auf den so oft beschrittenen Weg zu neuen Zielen, wie der Kaiser es als seinen Wunsch und Willen bezeichnet, daß das deutsche Volk mehr als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung, so muß nun auch eben dieses Volk in allen seinen Teilen sich entschlossen auf den Boden der Tatsachen stellen und mithelfen, daß das große Werk gelinge, daß es nicht ebenso kläglich Schiffbruch erleide wie das vom Reichstag vor einem Jahr aus der Taufe gehobene Ministerium Hertling-Payer-Friedberg. Der Reichstag ist es, der jetzt unsere Regierung zu stellen hat, nicht mehr Kaiser und Bundesrat, und er hat infolgedessen selbstverständlich auch das Regierungsprogramm zu bestimmen, nach dem wir weiterhin geführt werden sollen. Das mag vielen unter uns ein sehr unbehaglicher Gedanke sein. Aber jetzt gilt es zu handeln, nicht zu hadern, und wer es gut meint mit seinem Vaterland, kann nur wünschen, daß das Experiment gelingen möge. Zu umständlichen Tastversuchen mit diesen oder jenen Regierungsmethoden fehlt die Zeit. Einen abermaligen Mißgriff könnten wir nicht mehr ertragen; er würde unfehlbar zur völligen Ausschaltung der Volksvertretung führen — ein letztes, allerletztes Rettungsmittel, vor dessen Anwendung, wenn es gar nicht mehr anders gehen sollte, ein seiner Verantwortung vollbewußter Staatsmann schließlich auch in Deutschland nicht zurückschrecken dürfte.

Aber eine große Gefahr besteht in der augenblicklichen Lage: daß der Reichstag bei der ihm neu zugewiesenen Aufgabe engherziger verfährt, als die Gefahren, von denen wir umgeben sind, es zulassen. Wenn die Männer, die vom „Vertrauen des Volkes“ getragen sind, lediglich den Parteien der Linken und des Zentrums entnommen werden sollten, wenn nicht nur unser vorzüglich geschultes Beamtentum, sondern auch die auf Erhaltung des Bestehenden ausgehenden Strömungen und Richtungen unseres öffentlichen Lebens bei der Zusammensetzung der neuen Regierung völlig ausgeschaltet werden sollten, dann ergäbe das doch nur eine sehr einseitige Vertretung des deutschen Volkes, und den Anhängern unserer bisherigen, im großen und ganzen vortrefflich bewährten Verfassungszustände würde so der Übergang in die neuen Zeiten des Deutschen Reiches mehr als billig erschwert. Daß sie etwa bei Seite stehen, wenn alle Kräfte des Volkes zusammengerafft werden sollen, um das Vaterland zu retten, kann unmöglich im Sinne der „Volksregierung“ liegen, die jetzt die Lenkung unserer Geschicke in die Hand nehmen soll. Deshalb wird schon die Art, wie in diesem entscheidenden Punkte verfahren wird, eine Probe auf das Exempel darstellen, ob das große Wagnis der Parlamentarisierung und der Demokratisierung in Deutschland gelingen kann.

Die neue Regierung.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.

CB. **Berlin**, 1. Oktober.

Im Augenblick steht es noch nicht fest, wer der achte Kanzler des Deutschen Reiches werden wird, indessen will man in eingeweihten Kreisen wissen, daß Vizekanzler v. Payer die Bildung des neuen Kabinetts übernehmen wird. Herr v. Payer hat in Gemeinschaft mit dem Reichsschatzsekretär Graf Roedern im Auftrage der Krone mit den Parteiführern über die Bildung der neuen Regierung und ebenso über das Regierungsprogramm verhandelt. Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben sich nach eingehenden Besprechungen auf dieses Programm geeinigt, haben es einstimmig genehmigt und dem Vizekanzler v. Payer vorgelegt.

Die Verhandlungen des Vizekanzlers v. Payer mit den Parteien haben zu dem Entschlusse geführt, kein Koalitionsministerium, sondern ein Kabinett aus den Mitgliedern der Mehrheitsparteien zu bilden, wobei noch nicht endgültig entschieden ist, ob auch die Nationalliberalen sich den Mehrheitsparteien anschließen werden. Der besonders vom Grafen Roedern warm befürwortete Gedanke eines Koalitionsministeriums ist — so weit man in unterrichteten Kreisen weiß — an dem entschiedenen Widerspruch von Rechts und Links gescheitert. Auf der Linken wahrt man den Standpunkt, das neue Ministerium müsse durch seine Zusammensetzung aller Welt zeigen, daß mit dem alten System endgültig und für immer gebrochen werden muß, während die Rechte geltend macht, es könne ihrer Überzeugungstreue nicht zugemutet werden, bei dem nun einmal unvermeidlichen Systemwechsel sich gegen das zu wenden, was sie ihr Lebtag als Staatsideal betrachtet habe.

Die neue Regierung wird spätestens morgen gebildet sein und umgehend die Bestätigung des Kaisers erhalten. Es sind umfassende Personalveränderungen zu erwarten, da sämtliche Minister und Staatssekretäre ihre Ämter der Krone zur Verfügung gestellt haben. Die Umgestaltung des § 9 der Verfassung, wonach kein Reichstagsmitglied zugleich Mitglied des Bundesrats sein kann, wird auf die Weise herbeigeführt werden, daß die neuen Männer bis zur Abschaffung des § 9 nicht in den Bundesrat berufen werden. Nach der Neubildung der Regierung wird (spätestens am Dienstag) der Reichstag zusammentreten, um das Programm der neuen Männer entgegen zu nehmen.

Die Verhandlungen der Mehrheitsparteien über die Ämterbesetzung sind glatt verlaufen. Wie die Dinge augenblicklich liegen, darf man annehmen, daß der gegenwärtige Vizekanzler Herr v. Payer, also ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei, Reichskanzler werden wird. Herr v. Payer hat zwar gestern abend noch starke Bedenken gegen die Übernahme des Kanzlerpostens geäußert, und auch selbst auf seine hohen Jahre hingewiesen, es ist jedoch der Wunsch der Mehrheitsparteien, daß die erste parlamentarische Regierung des Deutschen Reiches von einem Parlamentarier geführt werde, und daß Herr v. Payer, der sich in allen Parteien persönlich und politisch höchster Achtung erfreue, Kanzler werde. Auch die nationalliberale Fraktion würde, selbst wenn sie nicht in die Regierung eintritt, Herrn v. Payer auf den Kanzlerposten gern sehen.

Sollte Herr v. Payer Reichskanzler werden, so wird der Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes mit einem Berufsdiplomaten besetzt werden. Die Namen Graf Bernstorff und Graf Brockdorff-Rantzau stehen dabei im Vordergrunde. Wie die übrigen in Betracht kommenden Ämter besetzt werden, wird ganz von den Beschlüssen abhängen, zu denen die heutigen Besprechungen der Parteien gelangen werden. Es kann angenommen werden, daß das Reichsamt des Innern Herrn Ebert (Soz.) angeboten werden wird, das Schiffahrtsamt dem Zentrumsabgeordneten Bell, das wahrscheinlich neu zu errichtende Reichsarbeitsamt Herrn Legien, dem Vorsitzenden der Deutschen Gewerkschaften, und daß der Reichstagsabgeordnete Erzberger (Ztr.) vielleicht als Staatssekretär ohne Portefeuille der Regierung angehören wird.

Der Weg zur Volksregierung ist nunmehr, dem Entschluß des Kaisers entsprechend, betreten. Man mag zu dieser Wendung stehen, wie man wolle, kein Deutscher darf sich in dieser ernsten Stunde dem Vaterlande versagen. Gerade die letzten Tage haben uns gezeigt, daß wir ganz allein auf uns gestellt sind. Um so dringlicher ist die Forderung unserer Geschlossenheit und Einheit. Wer von der jetzt unternommenen Parlamentarisierung allein den Frieden erwartet, befindet sich in einem verhängnisvollen Irrtum. Der Friede kann nur kommen, wenn sich die Feinde überzeugt haben, daß unsere Front unüberwindlich ist. Mehr als bisher heißt also die Losung: Fest und treu zusammenhalten in Arbeit und Kampf. Wir müssen siegen oder untergehen.

•

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, sträubt sich Herr v. Payer vorläufig immer noch, die Bürde des Reichskanzlerpostens auf seine Schultern zu nehmen. Sollte er bei seiner Weigerung beharren, so käme für den Kanzlerposten in erster Linie Prinz Max von Baden oder der bisherige Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf in Betracht.

Der bulgarische Waffenstillstand unterzeichnet

Einstellung der Feindseligkeiten.

Berlin, 1. Oktober.

Der französische Funkspruch meldet unter dem 29. September: Heute nacht ist ein Waffenstillstand zwischen den bulgarischen Abgeordneten und dem Hauptquartier der Orientarmee in Saloniki unterzeichnet worden. Es ist an der ganzen Front der Befehl gegeben worden, die Feindseligkeiten einzustellen.

Man wird danach mit der feststehenden Tatsache rechnen müssen, daß die bulgarische Regierung, die jetzt am Ruder ist, aus dem Vierbund ausgeschieden und nicht mehr gewillt ist, den gemeinschaftlichen Kampf für die nationalen Interessen ihres Volkes im Bunde mit ihren bisherigen Waffengefährten fortzusetzen.

Die militärische Lage

erscheint, das muß besonders betont werden, durchaus nicht bedrohlich, da die Ententetruppen keinen durchschlagenden Erfolg errungen haben. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wurden bereits ausgeladen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die vom Parteihader nicht zerfressenen Elemente des bulgarischen Heeres im Verein mit ihren Verbündeten ihre Nerven wiedergewinnen werden, als die Besetzung heimatlichen Bodens ihnen klarmachen wird, daß sie im Begriff gestanden hatten, nicht nur ihre blutig gewonnenen Erfolge, sondern auch das alte Heimatland der Rache und der Habgier ihrer mit der Entente verbündeten rumänischen, serbischen, griechischen und montenegrinischen Feinde auszuliefern.

Die Bedingungen der Entente für Bulgarien.

„Algemeen Handelsblad“ meldet aus London: In der Antwort der Alliierten auf das bulgarische Angebot wird mitgeteilt werden, daß die Feindlichkeiten erst dann eingestellt werden können, wenn Bulgarien mit Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei bricht. Die Forderungen, die an Bulgarien gestellt werden sollen, werden wahrscheinlich folgende Punkte enthalten: 1. Entwaffnung und Demobilisierung der bulgarischen Armee, 2. Übergabe der Eisenbahnen, 3. Räumung des ganzen seit Bulgariens Eintritt in den Krieg besetzten Gebietes, 4. freier Zugang der Entente zu den Wegen, die nach der Türkei, nach Österreich-Ungarn und nach Rumänien führen.

Wir stehen im 5. Kriegsjahr, — will's Gott, im letzten! Den Enderfolg vor uns, dürfen wir jetzt nicht schwach werden, so drückend die Last auf uns ruht. Ausharren in lückenloser Kampfeslinie, daheim wie draußen, bringt uns den ersehnten Frieden. Jeder sorge dafür, daß die Reihen geschlossen bleiben, damit unsere Feinde die Gewißheit erhalten:

Deutschland ist nicht zu besiegen!

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF